



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Unterausschuss für Personalfragen

---

|                    |                                       |
|--------------------|---------------------------------------|
| Es informiert Sie: | Holger Klüppelholz                    |
| Telefon:           | 02104/99-1213                         |
| Fax:               | 02104/99-4213                         |
| E-Mail:            | holger.klueppelholz@kreis-mettmann.de |

Mettmann, den 20.11.2007

**Niederschrift**

zur Sitzung des      Unterausschuss für Personalfragen

Sitzungstermin      Donnerstag, den 08.11.2007, 15:05 Uhr

Sitzungsort      Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

**Vorsitz**

Thomas Hendele

**Mitglieder**

Ernst Buddenberg  
Udo Carraro  
Ursula Greve-Tegeler  
Ulrike Haase  
Dr. Bernhard Ibold  
Ulrich Kanschat  
Gerd Rammes  
Hedy Scholz  
Klaus-Dieter Völker  
Dirk Wedel

**Verwaltung**

Susanne Frindt-Poldauf  
Nils Hanheide  
Holger Klüppelholz  
Wolfgang Kohnert  
Joachim Liebig  
Manfred Lochmann  
Martin M. Richter  
Hans-Jürgen Serwe  
Christoph Waldhoff

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.02.2007
3. Informationen der Verwaltung 10/018/2007
4. Stellenplan 2008 10/013/2007
5. Haushalt 2008 10/017/2007
6. Personalentwicklung - Sachstandsbericht 10/014/2007
7. Nachträge

### **Nicht öffentlicher Teil**

8. Informationen der Verwaltung
9. Finanzielle Rückdeckung für Beamtenpensionen 10/016/2007
10. Unbefristete Einstellung einer Lebensmittelchemikerin 10/010/2007
11. Stellenplan 2008 - Beförderung eines Beamten 10/011/2007
12. Nachträge
- 12.1. Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion - Bedienstete in Führungsfunktionen 10/019/2007

## **Öffentlicher Teil**

|                                     |
|-------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 1:        Formalien</b> |
|-------------------------------------|

Der Vorsitzende, Landrat Hendele, eröffnet die Sitzung des Unterausschusses für Personalfragen und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß zu dieser Sitzung eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Anfrage des KA Wedel wird beschlossen über Tagesordnungspunkt (TOP) 11 „Stellenplan 2008 – Beförderung eines Beamten“ in der nächsten Sitzung des Unterausschusses für Personalfragen zu beraten.

Auf Vorschlag des Herrn Hendele wird beschlossen, die Anfrage der UWG-ME - Fraktion unter TOP 6 „Personalentwicklung – Sachstandsbericht“ zu behandeln.

Als Berichterstatter für den Kreistag wird Herr Landrat Hendele benannt.

|                                                                                         |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 2:        Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.02.2007</b> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|

Die Niederschrift über die Sitzung vom 26.02.2007 wird genehmigt

|                                                                                      |
|--------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 3:        Informationen der Verwaltung<br/>- Vorlage Nr. 10/018/2007</b> |
|--------------------------------------------------------------------------------------|

Der Unterausschuss für Personalfragen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

|                                                                          |
|--------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 4:        Stellenplan 2008<br/>- Vorlage Nr. 10/013/2007</b> |
|--------------------------------------------------------------------------|

KA Dr. Ibold erklärte, dass er im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen noch keine Sachaussage zum Stellenplan abgeben möchte.

KA Wedel fragte nach, ob in der Vorlage lediglich der Aufwand für die voraussichtlich vom Kreis zu übernehmenden Aufgaben (Versorgungs-, Umweltverwaltung, Kooperation im Ausländerwesen) enthalten ist, die Stellen aber noch nicht berücksichtigt sind.

Herr Kohnert bestätigt dies. Grund ist die nach wie vor nicht feststehende Stellenzahl (Beamtenstellen) für die Übernahme der bisherigen Landesaufgaben in der Versorgungs- bzw. Umweltverwaltung sowie eine abzuwartende zweijährige Pilotphase im Rahmen der Kooperation Ausländerwesen, in der keine Stellenplanänderungen eintreten.

Herr Kohnert führte aus, dass im Sinne der haushaltsrechtlichen ordnungsgemäßen Abwicklung über die Stellenplanveränderungen durch die Übernahmen der Aufgaben in der Umwelt- und Versorgungsverwaltung noch gesondert zu einem späteren Zeitpunkt berichtet wird.

KA Dr. Ibold bat um Darstellung der beantragten Einrichtung einer Controllerstelle (A 14 BBe-so).

KA Carraro bat um Verschiebung des TOP's in den Kreisausschuss.

Es wurde vereinbart, das Thema ohne Beschlussempfehlung in den geplanten Sondertermin des Unterausschusses für Personalfragen am 29.11.2007 zu verschieben.  
Die Verwaltung wurde beauftragt, die Herstellbarkeit einer A 14-Stelle zu prüfen.

|                    |                                                          |
|--------------------|----------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 5:</b> | <b>Haushalt 2008</b><br><b>- Vorlage Nr. 10/017/2007</b> |
|--------------------|----------------------------------------------------------|

KA Wedel bittet künftig um nachvollziehbare Begründungen bei Abweichungen zwischen Stellenentwicklung und Personalaufwendungen. Es ist auf die Kompatibilität zwischen Stellenplan und den dazugehörigen Kosten zu achten.

### **Beschluss:**

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 wird, soweit er in den Zuständigkeitsbereich des Unterausschusses für Personalfragen fällt, zugestimmt.

Die abschließende Vorberatung bzw. Beschlussfassung über den Gesamthaushalt 2008 obliegt zuständigkeitshalber dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

|                    |                                                                                    |
|--------------------|------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 6:</b> | <b>Personalentwicklung - Sachstandsbericht</b><br><b>- Vorlage Nr. 10/014/2007</b> |
|--------------------|------------------------------------------------------------------------------------|

Herr Waldhoff beantwortet die Anfrage der UWG –ME Fraktion:

Zusätzliche Informationen aufgrund der Anfrage der UWG-ME zum Thema Telearbeit

In folgenden Bereichen sind 2007 bereits 9 Telearbeitsplätze eingerichtet:

- Sachbearbeitung Hilfe zur Pflege in Einrichtungen (**Sozialamt**)
- Verwaltungssachbearbeitung in der Behindertenförderung und –Koordination (**Amt für Schulen, Kultur und Behindertenförderung**)
- Beihilfesachbearbeitung (**Haupt- und Personalamt**)
- IT-Verfahrensbetreuung auf dem Gebiet Geoinformationen und Umwelt (**ME-BIT**)
- Bearbeitung und Erstellen von digitalen Kartenmaterial und Infografiken (**Vermessungs- und Katasteramt**)
- Ökologie und Landschaftsplanung (**Planungsamt**)
- Ordnungsbehördliche Aufgaben aus dem Artenschutz und dem Landschaftsrecht (**Planungsamt**)

Für weitere 11 Plätze wurden aus folgenden Bereichen Anträge auf Telearbeit gestellt (laufendes Verfahren):

- Wirtschaftsförderung (**Büro Landrat**)
- Beihilfesachbearbeitung (**Haupt- und Personalamt**)
- Systemdienste (**ME-BIT**)
- Staatsangehörigkeits- und Namensangelegenheiten, Standesamtaufsicht (**Rechts- und Ordnungsamt**)
- Kfz-Zulassung (**Straßenverkehrsamt**)

- Untere Landschaftsbehörde (**Planungsamt**)
- Abfallwirtschaft, Abfallberatung (**Umweltamt**)

Bislang mussten aber noch keine Anträge aufgrund fehlender Telearbeitsplätze zurückgewiesen werden. Soweit es zu Ablehnungen kam, wurden sie mit der fehlenden Eignung der Aufgaben und/oder der/des Antragstellerin/Antragstellers begründet.

Die Auswahl erfolgt nach folgenden Kriterien:

**1. Zulassungskriterium: Persönliche Voraussetzungen** nach Ziffer 2 Anlage 1 der Dienstvereinbarung Telearbeit

- bei der Pflege / Betreuung von mind. 1 Kind unter 13 Jahren (insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren) oder eines pflegebedürftigen Angehörigen,
- bei Beschäftigten, die einer besonders schwierigen Lebenssituation ausgesetzt sind (insbesondere gesundheitliche Gründe wie z.B. Schwerbehinderung)<sup>1</sup>.

**2. Eignungskriterien: Aufgabe, Antragsteller/in, Arbeitsumfeld**

Zur Einführung von Leistungsentgelten berichtet Herr Kohnert auf Nachfrage von KA Haase, dass sich der jährlich auszuschüttende Betrag im tarifrechtlichen Bereich auf rd. 180.000 € beläuft (1% des Jahresentgeltes der tariflich Beschäftigten). Eine Kommission ist eingerichtet.

Auf Nachfrage von KA Dr. Ibold berichtet Herr Kohnert, dass die amtl. Kontrollassistenten auf Initiative des Landes eingeführt werden. Diese sollen die Zuarbeiten für die höherqualifizierten Lebensmittelkontrolleure wahrnehmen. Die Eingruppierung in die Entgeltgruppen ist noch nicht absehbar.

Das größere Ausbildungsangebot, zum Teil auch über den Bedarf hinaus, wird sehr positiv beurteilt. Auszubildende, die über Bedarf ausgebildet werden, erhalten nach Abschluss der Ausbildung zumindest einen Halbjahresvertrag.

KA Dr. Ibold fragt nach Gründen der relativ geringen Nachfrage an Kindergartenplätzen im Betriebskindergarten. Laut Herrn Hendele liegt das z.B. an der geringen Geburtenrate oder dem oftmals entgegenstehenden Wunsch eines wohnortnahen Kindergartens. Auf das Angebot des Betriebskindergartens hat Herr Hendele auch die Mitarbeiter/innen der Kreispolizeibehörde hingewiesen.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

|                    |                  |
|--------------------|------------------|
| <b>Zu Punkt 7:</b> | <b>Nachträge</b> |
|--------------------|------------------|

- entfällt -

<sup>1</sup> Protokollnotiz 1: Diese persönliche Voraussetzung stellt eine Öffnungsklausel dar; hierunter sind insbesondere schwere gesundheitliche Probleme wie z.B. eine Schwerbehinderung zu verstehen. Daneben muss die Telearbeit geeignet sein, die Lebenssituation günstig zu beeinflussen. Bei Schwierigkeiten mit der Auslegung ist die Koordination zu beteiligen.